

Antrag

**der Abgeordneten Olga Petersen, Thomas Reich, Dr. Alexander Wolf,
Dirk Nockemann, Marco Schulz, Krzysztof Walczak (AfD)**

Betr.: Medien-Kampagne für eine kinderfreundliche Gesellschaft

Die Geburt von Kindern ist nicht nur eine Bereicherung für die Familie, in die sie geboren werden, sondern auch für unsere Gesellschaft. Dass im Durchschnitt pro Frau in Deutschland nur noch 1,5 Kinder geboren werden und damit viel zu wenige, ist seit Langem eine Binsenweisheit.

Die Frage, wie wir es schaffen können, dass wieder mehr Kinder in Deutschland, und auch in Hamburg, geboren werden, wird von der herrschenden Politik geflissentlich ignoriert, über Lösungen wird nicht einmal nachgedacht.

Der vorliegende Antrag will dies ändern und orientiert sich in seinen Forderungen an dem Kinderwunsch der deutschen Männer und Frauen. Nicht nur ist es Aufgabe des Staates, die Familie als Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft zu fördern und zu schützen, auch ist der effizienteste Ansatzpunkt für eine aktivierende Familienpolitik derjenige, der den Wünschen und Vorstellungen (potenzieller) Eltern am besten entspricht.

Hamburg trägt bei der Vermittlung von Wissen und Werten an seine Bürger, vor allem über den durch seine Bürger finanzierten NDR, eine sehr hohe Verantwortung.

Im Hinblick auf die hohe Reichweite seiner öffentlichen Kanäle und dem, auch durch seine staatliche Autorität bedingten, entsprechend großen Einfluss auf die breite Zuhörerschaft ist demzufolge bei der Themenauswahl und Prioritätensetzung mit der höchsten Sensibilität vorzugehen und auf die größte Sorgfalt zu achten.

Statt die weithin als „demografischen Wandel“ verharmloste demografische Katastrophe als gegeben und unumkehrbar hinzunehmen, kann der Senat durch die Festlegung auf das Leitziel Erhalt der hiesigen Hamburger Bevölkerung und Gestaltung einer kinderfreundlichen Gesellschaft aktiv für mehr Kinder werben.

Der Stellenwert von Neugeburten und ungeborenem Leben im öffentlichen Rundfunk muss einer Prüfung unterzogen werden. Oft wird durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk suggeriert, dass Kinder ein „Klotz am Bein“ darstellen, da sie angeblich der Entfaltung, Karriere und den vermeintlichen Bedürfnissen junger Frauen im Wege stünden. Über das Glück, eine Familie zu gründen und Mutter sein zu dürfen, wird indes kein Wort verloren. Stattdessen wird eine angebliche Ausgrenzung gewollt kinderloser Frauen beklagt, wie in diesem Satire-Video von der NDR-Sendung extra 3 „Frauen ohne Kinderwunsch: Ausgegrenzt und gemobbt“¹ überspitzt dargestellt wird.

Kinder stellen keinen „karrierehemmenden Ballast“, sondern die Zukunft unseres Staates dar und sind daher von diesem stets in entsprechend positiver Weise zu thematisieren.

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=vEcNmMYi4Gk>.

Während die persönliche Einstellung junger Erwachsener zu Kinderreichtum äußerst positiv ist, hat die überwiegende Mehrheit (82 Prozent der Befragten) allerdings den Eindruck, dass in der Mehrheit der Gesellschaft „Kinderreiche als „asozial“ gelten“.² Dabei sind sie entgegen dem stereotypen Bild, das viele Medien transportieren, der Mittelschicht zuzuordnen.³ Tritt der Senat diesen Vorurteilen und Stigmatisierungen im Rahmen einer Öffentlichkeitsoffensive entgegen, ist die Chance groß, dass diese Stigmatisierungen weniger werden und demzufolge mehr Paare ihren Wunsch zum dritten Kind verwirklichen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert,
 - a. die Gestaltung einer kinderfreundlichen Gesellschaft mit einer aktivierenden Familienpolitik als Leitziel in ihre politische Arbeit aufzunehmen und mittels einer Öffentlichkeitsoffensive nachdrücklich zu vertreten,
 - b. jegliche, auch indirekte, Bewerbung von Kinderlosigkeit und Relativierung erheblicher medizinischer Eingriffe wie Sterilisationen zu unterlassen,
 - c. die verfassungsrechtliche Dimension des Schutzes von ungeborenem Leben sowie die gesellschaftliche Bedeutung von Neugeburten stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken, um die Bürger für dieses Thema noch effizienter zu sensibilisieren und in der Gesellschaft ein angemessenes Bewusstsein dafür zu schaffen,
 - d. der Stigmatisierung von Familien und insbesondere von Mehrkindfamilien (also Familien mit drei oder mehr Kindern) im Rahmen dieser Öffentlichkeitsoffensive entgegenzutreten und so für eine größere Akzeptanz von (Groß-)Familien in unserer Gesellschaft zu sorgen.
2. Der Senat möge der Bürgerschaft bis zum 01.01.2023 Bericht erstatten.

² https://www.akf-bonn.de/files/bujak__martin__sulak__harun_mehr_kinderlose_oder_weniger_kinderreiche__eine_dekomposition_der_demografischen_treiber_in_unterschiedlichen_phasen_des_geburtenrueckgangs_in_deutschland._in_kzfss__jahrgang_68__heft_3__2016__s._487-514.pdf, abgerufen 05.05.2022.

³ Ebenda, Seite 42.